

Zur Begegnung von Politik und Wissenschaft

von Ingrid Stahmer, Berlin

Begegnungsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft und Politik, die mir in den knapp zwanzig Jahren meiner hauptamtlichen politischen Arbeit in Wahlfunktionen – Bezirksstadträtin, Bürgermeisterin, Senatorin (SPD) – immer wieder unzureichend ausgefüllt schienen, sollen Gegenstand dieses Beitrags sein.

Stimmen aus Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien beklagen *unisono*, dass Veränderungs- und Transformationsprozesse in Europa und weltweit ohne ausreichende Berücksichtigung allen Wissens und Forschens eher zufällig, sprunghaft und den jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnissen entsprechend vor sich gehen.

„Wissenschaftler wissen viel und bewirken wenig – bei Politikern ist es umgekehrt“ heißt die dazu passende Spruchweisheit, um deren Auflösung ich mich während meiner politischen Tätigkeit bemüht habe. Der Erfolg war nur punktuell spürbar, denn Politikerinnen und Politiker sind Menschen, die in der Regel für einen zunächst begrenzten Zeitraum von vier Jahren gewählt werden, in denen sichtbar etwas bewirkt werden muss – sei es auch nur soviel, dass es für die Wiederwahl reicht.

Gerade der Vier-Jahres-Rhythmus, in dem sich unser politisches System vollzieht, produziert einen Zeitdruck, der der Sache oft nicht dienlich ist. Am Ende einer Legislaturperiode wird von allen Seiten nach den politischen Erfolgen der vergangenen vier Jahre gefragt. Langfristig angelegte Strategien für gesellschaftliche Veränderungen zählen da wenig. Abschließende Ergebnisse zählen, nicht das Anstoßen von Entwicklungen, deren Früchte vielleicht erst viele Jahre später zu ernten sind. Dazu ein Beispiel: Als Schulsenatorin habe ich in Berlin in den letzten Jahren eine breite Diskussion zu einer grundlegenden Schulgesetzreform entfacht. Dabei ging es an viele ideologische Tabus und die betroffenen Interessengruppen und die Wissenschaft wurden auf breiter Ebene mit einbezogen. Im Oktober 1998 habe ich dann einen Gesetzentwurf zur Diskussion vorgelegt, der sich in weiten Teilen als konsensfähig herausstellte. Wie zu erwarten, gab es jedoch an der einen oder anderen Stelle noch Konflikte und Gesprächsbedarf (z.B. bei bildungspolitischen Besitzstandsfragen) – kein Wunder bei einem ideologisch so verminten Feld wie der Schul- und Bildungspolitik. Die Berliner Schulgesetzreform konnte in der Legislaturperiode 1995–1999 nicht beschlossen werden. Deshalb war in der Öffentlichkeit von Misserfolg und Versagen der Politik die Rede. Dass aber der vorgelegte Gesetzestext ein Ergebnis eines jahrelangen Entwicklungsprozesses war, der auch in der nächsten Legislaturperiode weiterwirken würde, spielte in der öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. In dem Zwang aber zur Produktion von öffentlich belegbaren Erfolgen liegt ein enormes Konflikt-

potential und – so meine ich – ein Schwachpunkt des Systems, in dem wir Politikerinnen und Politiker agieren. Denn wer politische Erfolge „gut verkaufen“ will, der muss die Sachverhalte auch „marktgerecht verpacken“. In anderen Worten: Politiker müssen sich und ihre Arbeitsergebnisse so darstellen können, dass sie von den Vertretern der Presse zunächst verstanden werden und dann auch als „Neuigkeit“ ins Blatt oder auf den Bildschirm gehoben werden.

Doch durch das, was Edgar Traugott „die Herrschaft der öffentlichen Meinung“ nennt, eröffnen sich erhebliche Spannungsfelder in der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Gibt ein Politiker dem Druck nach und verkauft der Presseöffentlichkeit ein Projekt in vereinfachter Form, erheben sich meist postwendend Proteste, weil durch die Reduzierung der Komplexität politischen Handelns die fachlichen und wissenschaftlich begründeten Notwendigkeiten in einen empfindlichen Widerspruch zu dem Zwang geraten, dem Politiker ausgesetzt sind, wenn sie politische „Erfolge“ öffentlichkeits- und parteiwirksam darstellen wollen.

Auch der ganz individuelle Zeitdruck, dem man sich in der Politik ständig ausgesetzt fühlt, führt zu derartigen Spannungen. Dieser Zeitdruck ist das Ergebnis unterschiedlicher Zwänge. Zum einen muss ständig Neues vorgezeigt werden, zum anderen ist es äusserst schwierig, interessante politische Vorhaben, die sich noch in der Planungsphase befinden, unter Verschluss zu halten. Gerade die Projekte, die besonders sensibel sind und deshalb erst gründlich durchdacht und ausgearbeitet sein sollten, gelangen auf meist unergründlichen Wegen vorzeitig an das Licht der Öffentlichkeit.

Dieser Prozess wird von den Medien mitbefördert. Journalisten, zumal auf einem so umkämpften Zeitungs- und Radiomarkt wie in Berlin, sind immer auf der Jagd nach der bahnbrechenden Story. Alle Redaktionen streben an, mit einer Neuigkeit zuerst auf dem Markt zu sein. Und so haben alle „Rathausjournalisten“ ihre Kanäle – ob auf Verwaltungsebene oder in den Parteien –, durch die sie von den Dingen erfahren, die eigentlich noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Wenn erst einmal das Telefon in der Pressestelle klingelte, konnte ich mich als Senatorin nur in den seltensten Fällen auf das Argument zurückziehen, die Angelegenheit sei noch nicht bis zu Ende diskutiert. Draussen war die Geschichte dann sowieso. Wenn ich jetzt nicht dazu Stellung bezog, tat es bestimmt ein anderer. Das kann nun im nächsten Spannungsfeld, das ein Politiker beachten muss, zu erheblichen Problemen führen.

Denn um wichtige Vorhaben im politischen Raum befördern zu können, brauchen Minister und Ministerinnen zunächst die mehrheitliche Zustimmung der eigenen Frak-

tion oder der Koalitionsfraktionen im Parlament, die auch Zeitung lesen. In seiner Existenz als Politiker oder Politikerin ist man nicht nur darauf angewiesen, dass die Partei einen für ein politisches Amt aufstellt und dann auch wählt und wiederwählt, sondern ohne eine breite Zustimmung in Partei und Fraktion geht die politische Durchsetzungsfähigkeit verloren.

Die politische Führung einer Verwaltung – ob Stadträtin auf Bezirksebene oder Senatorin auf Landes- und Bundesebene – steht im Spannungsfeld zwischen Staatsamt und Parteiinteressen. Hans Apel hat in seinem Buch „Die deformierte Demokratie“ sehr richtig geschrieben: „Kein Bürger unserer Republik hat heute eine realistische Chance, ausserhalb der Parteien ein Parlamentsmandat zu erlangen. Wer aber sein Mandat über eine Partei erhält, weiss um seine Herkunft und um seine Abhängigkeiten.“ Er beschreibt damit die Voraussetzungen für einen Balanceakt, den alle Politiker heute zu bestehen haben. Max Weber hat in seiner Schrift „Politik als Beruf“ (1919) drei Qualitäten aufgezählt, die ein Politiker mitbringen muss: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Um mit diesen Eigenschaften im politischen Alltag überleben zu können, muss man es verstehen, sich ein gehöriges Maß an Unabhängigkeit und Kreativität zu bewahren – beileibe kein einfaches Unterfangen in unserer heutigen Parteienlandschaft!

Der tägliche Durchlauf an Arbeit und Lesestoff hat auch meine Kräfte oft so weit gebunden, dass Nachdenken und Vorausdenken zusammen mit Wissenschaftlern viel zu kurz gekommen sind. Hier könnten Wissenschaftler der Politik helfen, indem sie sich ins Gespräch begeben und ihr Wissen nicht nur in langwierigen, komplizierten Abhandlungen weitergeben.

Aus vielen Beiträgen – auch des Osteuropa Infos – höre ich die Klage, dass Ergebnisse der Forschung nicht wahrgenommen werden, nicht gelesen werden und schon gar nicht dazu verwandt werden, die knappen Mittel richtig einzusetzen.

Kommen Sie heraus aus der wissenschaftlich belegten Schriftlichkeit, gehen Sie auf Politiker zu und ermöglichen ihnen die Verwendung Ihres Wissens!

Nach meinem geplanten und im Dezember 1999 vollzogenen Ausstieg aus der Berufspolitik habe ich mich meinem alten Ausbildungsberuf wieder zugewandt und hoffe auf neue Gesprächsebenen mit Wissenschaftlern – insbesondere im europäischen Kontext. Eine Gelegenheit dazu sehe ich in der Fortführung des Internationalen Sommerkurses an der Europäischen Akademie in Grunewald, der 28 Jahre lang von der Freien Universität getragen und von Dr. Günter Büchner zu einer Begegnungsmöglichkeit insbesondere mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Mittel- und Osteuropa entwickelt wurde. Interkulturelles Lernen im Rahmen der europäischen Vereinigung und der zunehmenden Vernetzung von sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen

konnte hier praktiziert werden. Der Sommerkurs ermöglicht auf der Basis der gemeinsamen Erfahrungen ein neues Verständnis von Zusammenarbeit über kulturelle, professionelle und politische Grenzen hinweg. Mitgebrachte Stereotypisierungen werden auf dem Hintergrund der tatsächlichen sozialen und kulturellen Unterschiede überprüfbar und veränderbar.

Im Rahmen des Kurses wird immer in einer deutsch- und einer englischsprachigen Gruppe gearbeitet.

Der Internationale Sommerkurs soll im Jahr 2000 (15.–25. August) zum neunundzwanzigsten Mal stattfinden und wie in den Jahren zuvor soll der Tagungsort die Europäische Akademie Berlin sein.¹ Nachdem der bisherige Leiter des Sommerkurses Dr. Günter Büchner aus dem Dienst der FU Berlin ausgeschieden ist und er eine weitere Trägerschaft an der FU zunächst nicht veranlassen konnte, übernahm auf seine Initiative hin ein Trägerkreis die Verantwortung für die Fortführung des Internationalen Sommerkurses.

Der Trägerkreis setzt sich zusammen aus: der Europäischen Akademie (Berlin), der Sektion Gruppendynamik im DAGG (Deutscher Arbeitskreis für Gruppenpsychotherapie und Gruppendynamik), deren Mitglied ich bin und der Deutschen Gesellschaft für Supervisions (DGSv).

Der Trägerkreis hat sich zum Ziel gesetzt, den Internationalen Sommerkurs in der bisherigen Form weiterzuführen und auch die Kooperation mit der FU wieder aufzunehmen, so dass weiterhin Stipendien und Freiplätze an vor allem osteuropäische TeilnehmerInnen vergeben werden können und eine wichtige Tradition der FU nicht untergeht.

Der Sommerkurs ist ein themenzentriertes Seminar, das sich sowohl an Angehörige sozialer Berufe als auch an Interessenten aus Wissenschaft und Wirtschaft wendet, die hier ihre Erfahrungen austauschen und interessante Konvergenzentwicklungen im internationalen Kontext feststellen können. Ziel des gruppendynamischen Trainings in der Tradition des Sozialpsychologen Kurt Lewin ist es, im Rahmen des jeweiligen Themas die jeweiligen Kompetenzen der Teilnehmer in bezug auf das Führen von Einzelnen und Gruppen, die produktive Gestaltung von Arbeitsbeziehungen und den Umgang mit Unterschieden und Konflikten in Gruppen und Organisationen zu erweitern.

Ich werde diesen Kurs zusammen mit Dr. Oliver König (Köln) leiten und hoffe auf anwendungsbezogene Beiträge aus der Transformationsforschung und Osteuropa-Erfahrungen!

Ingrid Stahmer ist Bürgermeisterin und Senatorin für Gesundheit, Soziales, Schule, Jugend und Sport a. D. sowie Trainerin für Gruppendynamik (DAGG).

¹ Informationen über die Akademie: Bismarckallee 46–48, D-14193 Berlin, Email: eab@eaue.de.